

SITTA: VERANTWORTUNG AN VIELEN THEMEN GESCHEHEN

erschienen am 22. November 2017

[Frank Sitta](#), [Jamaika](#), [MdB](#),
[Sondierungen](#)

Das FDP-Präsidiumsmitglied Frank Sitta im Interview mit der „Magdeburger Volksstimme“ (Mittwoch-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Christopher Kissmann:

Frage: Herr Sitta, vor zwei Wochen haben Sie gesagt: „Es geht nicht, das Volk so lange wählen zu lassen, bis es ein Ergebnis passt“. Nun forciert die FDP Neuwahlen. Wie passt das?

Sitta: Wir haben Verantwortung gestellt und bis Sonntag selbst die Verantwortung führt. Wir haben geglaubt, dass wir mit Union und Grünen zusammenkommen können. Am Ende ist jedoch klar geworden, dass es keine Zukunft gibt.

Frage: Und Sie sind klar in der Verantwortung für das Scheitern.

Sitta: Wir lassen uns nicht von Peter zuschieben.

Frage: Waren Sie überhaupt auf dem Zielgeraden?

Sitta: Nein. Es ist eine lange Zeit, in der wir für eine Einigung standen. Uns wurden ständig Verlängerungen angeboten und aufgedrückt. Irgendwann reicht es auch mal. Familiennachzug für Flüchtlinge, die Integration des Soli, Digitalisierung, ein besseres Bildungssystem – was alles gescheitert. Wenn man das Gefühl hat, nicht zu Lösungen zu kommen, dann ziehen einen Schlusstrich ziehen.

Frage: Was war entscheidend?

Sitta: Eine Mischung aus vielen Faktoren. Zum einen war die Verhandlung schlecht moderiert und die Runde der Verhandler zu groß. Es hat es geschadet, dass Einzelne immer wieder Zwischenergebnisse auszusprechen versucht haben und diese als Erfolge verkauft haben.

Frage: Ist eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung ein Ziel?

Sitta: Das muss man sehen.

Frage: Und die punktuelle Unterstützung einer Minderheitsregierung?

Sitta: Auch das schließe ich nicht aus. Wir wollen ein modernes Deutschland zu gestalten und das Land zu erneuern – warum nicht? Ich denke, an unserer Entscheidung zu sehen, dass es uns nicht um Posten ging, sondern um das Land zu verbessern.

Frage: Neuwahl bleibt die Option?

Sitta: Davor haben wir uns nicht entschieden. Aber, dass zunächst die Union als stärkste Partei gefordert wird, ist klar. Auch die SPD sehe ich in der Pflicht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wenn es nicht nachvollziehbar ist, gehört sich für Demokraten das zu verweigern.